

DIE UNGARISCHE FRIEDENSDELEGATION IN NEUILLY UND DIE REVISIONISTISCHE PROPAGANDA

VON

FERENC PÖLÖSKEI

Am Ende November 1919 rückte die Sache des Friedensvertrags mit dem Antritt der Huszár-Regierung, die von der Pariser Friedenskonferenz unterstützt wurde, in den Vordergrund. Die zur Macht aufgestiegenen „Mittelschichten“ hielten aber ihre Exponenten zur Vertetung des gegenrevolutionären Ungarns für äußerst schwach und unvorbereitet. Darum wandten sie sich zu den Politikern der traditionellen herrschenden Klassen die weniger kompromittiert wurde, zur konservativen Opposition der Arbeitspartei von István Tisza gehörten, die Verantwortung für den Krieg ablehnten, parlamentarischen und politische Rutine hatten und auch über Sprachkenntnisse verfügten. Bei der Zusammensetzung der ungarischen Delegation kamen in erster Linie Albert Apponyi, István Bethlen und Pál Teleki in Betracht. Damit wählte man trotz der neuen Umstände die traditionellen Argumente des ungarischen Nationalismus zum Mittel der Verteidigung der „tausendjährigen Grenzen“. Apponyi hielt sich vom Frühling 1919 an in Eberhard neben Preßburg auf und kehrte erst Mitte November nacht Budapest zurück. Die ungarischen herrschenden Klassen erwarteten Wunder von ihm. Sein Name wurde immer erwähnt, wenn sie nach Ministerpräsidenten, Gouverneur, Parlamentsvorsitzenden oder eben nach dem Leiter der Friedensdelegation suchten. Sie vertrauten auf sein rhetorischen Talent, auf Bethlens Listigkeit und auf die geographischen Fachkenntnisse von Teleki. Der letzte bereitete sich schon seit Monaten — zuerst im Auftrag der Szegeder, später der Friedrich-Regierung — vor allem mit der Analyse der Verhältnisse der Nationalitäten und der Wirtschaft zur Zusammenstellung des Materials der Friedensdelegation vor. Die ungarischen herrschenden Klassen hofften auf das Wohlwollen der Ententenmächte, auf die Unterstützung des „antibolschewistischen“ Ungarns. Ministerpräsident Károly Huszár erhielt die am 1. Dezember erteilte Anweisung von Clemenceau, dem französischen Vorsitzenden der Friedenskonferenz: er soll seine Delegierten nach Neuilly senden.¹ Der Ministerrat beschäftigte sich mehrmals mit der von Bandholz überreichten Anweisung. Er verschob die Versendung der Friedensdelegation, damit wollte er nicht nur die schnelle

Zurückziehung der Rumänen erreichen, sondern hoffte auch auf den Erfolg der Propaganda für die territoriale Integrität und auf die günstige Veränderung der außenpolitischen Kräfteverhältnisse. Bethlen schlug vor, die Ententenmächte vor der Übernahme der Friedensbedingungen durch Noten zu beeinflussen. In den Noten würden unter anderem die staatsrechtliche Lage Ungarns innerhalb der Österreich-Ungarischen Monarchie, die Haltung Rumäniens und die wirtschaftliche Lage des Landes vorgelegt. Er vertraute immerhin kaum auf den Erfolg der Noten, aus dem Gesichtspunkt der revisionistischen Propaganda hielt er sie aber für wichtig. „Diese Übernahme der Friedensbedingungen – sagte Bethlen – ist für uns eine große Propagandamöglichkeit, die wir ausnützen müssen, und gleichzeitig ein Recht darauf, daß wir uns später auf unsere Einwände, die bisher kein Gehör fanden, berufen können ...“.²

Die Delegation fuhr am 5. Januar 1920 ab, um die Friedensbedingungen der Ententenmächte zu übernehmen. Sie brachen mit einer Menge von Akten, Landkarten und Statistiken auf. Unter ihnen waren die Hauptbeauftragten: Teleki, Bethlen, Graf László Somssich, Präsident des Ungarischen Wirtschaftsvereins, Béla Zoltán, Baron Vilmos Lers und Sándor Popovits. Huszár verabschiedete Apponyi mit den antikommunistischen Phrasen des gegenrevolutionären Ungarns: „Nie schlug ein ungarischer Staatsmann einen schwereren Weg ein als du, der ein Leben hindurch der größte Sohn dieser Nation, der feurige Apostel ihres Gefühls, ihres Denkens, ihres Erglühens und ihrer Entwicklung warst... wir brachen immer den Angriff vom Osten: wir hielten die Verbreitung der asiatischen Pest auch jetzt auf, und wenn Europa unsere jahrhundertelange Verdienste für ihre Kultur nicht anerkennt, begeht eine Schuld gegen sich selbst.“³ Auf den Eisenbahnstationen waren bis zur Grenze solche Losungen zu lesen: „Integrität, Siebenbürgen, gebt uns Siebenbürgen zurück“, „Es lebe das tausendjährige Ungarn“, „Siebenbürgen gehört nicht den Walachen“.

Der Empfang verwirklichte aber die Hoffnungen nicht. Die französischen Blätter erinnerten an die nationalistische Politik der ungarischen Regierungen während des Dualismus, sie veröffentlichten die Äußerungen der in Paris angekommenen Minister der Nachfolgestaaten über die reaktionäre Innenpolitik Ungarns. Sie schonten selbst die Friedensdelegation nicht. „Die Friedensdelegation ist ein treuer Spiegel der reaktionären ungarischen Regierung“ – schrieb ein französisches Blatt. Die ungarische Regierung und Presse wurden zur Entschuldigung gezwungen. Die ungarische Zeitung *Pesti Napló* schrieb am 15. Januar 1920 folgendes: „Die Nationalitäten genossen hier dieselben Freiheitsrechte, die wir... sie konnten ihre Vertreter frei wählen, ihre Redefreiheit wurde nie beschränkt... eine Verleumdung ist auch die Behauptung, daß die Friedensdelegation reaktionär sei – and der Spitze der Delegation steht ja Graf Apponyi, der alte Kämpfer der Unabhängigkeitsideen... Es ist böswillig, ihn für den Exponenten der Reaktion zu halten, ihn, der immer ein eifriger Bejager der Progression war – die am meisten augenfällige Unwahrheit ist aber die Behauptung, daß die ungarische Regierung

reaktionär ist. Der Ministerpräsident begann seine Laufbahn als Volksschullehrer, die Mitglieder des Kabinetts stammen aus der Schicht der Arbeiter. "Es wurde also klar, daß die Gegenrevolution mit ihren christlichen, nationalen Parolen die Stimmung gegen Ungarn im Kreis [der Großmächte nur steigern wird, sogar auf die minimale Berücksichtigung der gerechten nationalen Forderungen nicht rechnen kann. Eine Reihe von Mißerfolgen traf so die ungarische Delegation, vom ersten Augenblick ihres Ankommens. Der internationale diplomatische Horizont, das Rednertalent und die geographischen Fachkenntnisse der „erfahrenen Politiker“ versagten immer wieder. Die ursprüngliche Zielsetzung der Regierung in Bezug auf die Auswahl der Delegation erwies sich als unzulänglich. Sie konnte aber nichts anderes tun, als die Friedensdelegation nach seinem eigenen Bild zusammenstellen. Wie hätte ein Regime, das die Ausrottung der Kommunisten und die Liquidierung der sozialistischen, sogar der demokratischen und liberalen politischen Richtungen erzielte, auch nur liberale Politiker wählen können" Der Mißerfolg der Friedensdelegation war nicht nur die Folge der Politik der Regierung vor dem Krieg, und der Niederlage, sondern auch der Existenz des neuen faschistischen Regimes. Der Auftritt von Apponyi und der Delegation besiegelte nicht nur den Entwurf des Friedensvertrags, dadurch geriet auch das Land in eine schwere Lage.

Die Friedensdelegation überreichte am 8. Januar 1920 die von der Huszár-Regierung erhaltene Bevollmächtigung und am 15. Morgen, Bethlens früherem Vorschlag entsprechend, acht Noten. Die „Vorstellungsnote“ charakterisierte Ungarns Lage im Interesse der gerechten Beurteilung. Sie ging davon aus, daß Europa Ungarn nicht gut kennt, Ungarn hatte nämlich in der Vergangenheit keine von Österreich unabhängige diplomatische Vertretung, und die Quellen, aus denen das Ausland seine Kenntnisse nahm, waren österreichischer und deutscher Herkunft. In der Österreich-Ungarischen Monarchie kam das Übergewicht Österreichs zur Geltung, an den Verhandlungen über die Monarchie wurde Ungarn nicht einmal erhört. Dadurch versuchte man die Kriegsschuld auf Österreich zuwälzen. „Das Ungartum verteidigte sorgsam seine Heimat — stand es in der Note —, sehnte sich nie nach fremdem Gut, hatte keine Eroberungsabsichten gegenüber den benachbarten Nationen. . . . Aber auch deren Bestrebungen waren vergänglich, die das Land innerhalb der Karpaten erobern wollten. . . . Innerhalb dieser Grenzen, die fester waren als alle historischen Kräfte, formte sich ein einheitliches Leben, weil es die natürlichen Vorbedingungen und die von ihnen geprägte Richtung so forderten. . . . So forderte es auch das einheitliche Flußsystem, dessen Täler sich weit in die Berge, unter die hohen Gebirge hineinziehen und so auf einer großen Strecke schiffbar sind. Die entlang den Wässern entstandenen Landstraßen verbinden die hier lebenden Menschen seit Jahrhunderten auf den gleichen Spuren. Dem Lauf der Wasser folgt auch der Strom der Bewohner der düsteren Berge langsam aber ausdauernd nach dem Tiefland, und hier regeneriert und stählt sich das Volkselement, das Kultur und Industrie zu den Grenzen bringt — die Kraft,

die diese schlummernde Natureinheit, das Becken der Mitteldonau zu einem einheitlichen Leben erweckt, war nämlich das Volk der ungarischen Tiefebene... Ungarn ist also eine organische Lebenseinheit...“ Durch die Zergliederung Ungarns entstehen statt eines drei Nationalitätenstaaten und die einzige und altbewährte geographische und wirtschaftliche Einheit löst sich auf. Während Österreich auf das Wort des kaiserlichen Patents vom 12. November sofort in Provinzen zerfiel, bewahrte Ungarn – außer Kroatien – seine Einheit. Die Trennung von Kroatien hält die Note für begründet, Kroatien war nämlich der Partnerstaat Ungarns, bewahrte im wesentlichen seine Autonomie und hat auch natürliche Grenzen. Anderswo kam es solange nicht zu einer Trennung, bis fremde Truppen den Boden des Landes nicht betraten. Laut der Note zeigte man in Ungarn bei der Beurteilung der Probleme der Nationalitäten und der Religiosität Geduld, die Ungarisierung wurde weniger von der Schule als vom Leben durchgeführt.

In der Vorstellungsnote wie auch in der ganzen Tätigkeit der Delegation spielte der bekannte nationalistische Hinweis auf das Kulturniveau als ein wichtiges Argument für die Einheit des alten Ungarns eine Rolle. „Unsere kulturelle Überlegenheit stammt daher – schrieb die Note –, daß wir statt des östlichen das westliche Christentum und die westliche Kultur aufnahmen, dessen Schutzmauer waren und auch heute sind.“⁴ Die Note gab also den Standpunkt des gegenrevolutionären Regimes in Bezug auf die voraussichtlichen Punkte des Friedensvertrags vor der Erkenntnis der Friedensbedingungen bekannt. Der Note schloß man einen zusammenfassenden Auszug und 44 Anlagen bei.

Der Präsidialrat, mit Clemenceau an der Spitze, empfing am 15. Januar 1920 die ungarische Delegation. An die Friedensbedingungen knüpfte er nur einige kühle und kategorische Bemerkungen.⁵

Die Friedensbedingungen bestimmten die Grenzen Ungarns, den Stand und die Aufrüstung der Armee. Sie beschränkten die Produktion der Kriegsindustrie und schlugen vor, daß die Interalliierte Kontrollkommission die Kontrolle der Entschlüsse durchführen soll. Sie schrieben die Verpflichtungen Ungarns für die Kriegsgefangenen vor, regelten die wirtschaftlichen Probleme und die Kriegsentschädigungspflicht Ungarns.

Nach der Übernahme der Friedensbedingungen erhielt Apponyi das Wort am 16. Januar, an der Sitzung des Präsidialrats. Er wiederholte die oben erwähnten Argumente: „In unserem Auge trennt die offizielle Erkenntnis der Friedensbedingungen das Gestern vom Heute. In diesem Augenblick, wo ich im Namen Ungarns die ersten Worte über die Friedensbedingungen aussage, lastet die Verantwortung schwer auf mir. Ich zögere jedoch nicht, und sage offen aus, daß die Friedensbedingungen, die Sie uns überreichten, ohne wesentliche Modifizierungen unannehmbar sind. Ich sehe die Gefahren, die aus der Nichtannahme des Friedens folgen können. Und trotzdem, wenn Ungarn in die Lage geriete, wo man zwischen Annahme oder Zurückweisung des Friedens wählen muß, würde es eigentlich vor die Frage gestellt, ob es richtig ist, Selbstmord zu begehen, um nicht zu sterben.“

Zum Glück sind wir noch nicht so weit. Wir wurden aufgefordert, unsere Bemerkungen auszusprechen. Einige überreichten wir schon vor der Übernahme der Friedensbedingungen. Wir sind überzeugt, daß Sie unsere Bemerkungen mit dem Ernst und der Gewissenhaftigkeit studieren werden, die die Kompliziertheit der Verhältnisse erfordert. Wir hoffen also, daß wir Sie überzeugen können. Wir hoffen das desto mehr, weil wir weder heute noch später auf unsere Gefühle appellieren wollen, wir wollen auch nicht nur die Interessen hervorheben, deren Verteidigung unsere Aufgabe ist. Mit dem besten Willen bemühten wir uns, einen Standpunkt zu finden, der das gegenseitige Verständnis ermöglicht. Meine Herren! Diesen Standpunkt haben wir gefunden! Er ist die große Idee der internationalen Gerechtigkeit, der Freiheit der Völker, die von den alliierten Mächten verkündet wurde, die großen gemeinsamen Interessen des Friedens, die Suche nach Garantien der Stabilität und der Rekonstruktion Europas. . .

...Ich nehme nicht an, daß das Prinzip der Nationalitäten, das Prinzip der nationalen Einheit durch die Zergliederung Ungarns gewinnt. Diese Maßnahme hätte eine einzige Folge, auf die ich aufmerksam machen möchte, ohne daß meine Absichten aggressiv wären. Ich will einfach auf die Tatsache hinweisen, daß die nationale Hegemonie dadurch in die Hand solcher Rassen geriete, die heute meist auf einem niedrigeren Kulturniveau stehen.“

Er bat — sich auf Wilsons Prinzip berufend — um die Verordnung des Volksentscheids: „Wenn wir das fordern, appellieren wir auf die große Idee, die Präsident Wilson so prägnant formuliert hat, laut der keine einzige Gemeinschaft, kein einziger Teil der Bevölkerung gegen seinen Willen, wie eine Herde, unter die Herrschaft eines fremden Staates gesetzt werden darf. Im Namen dieser großen Idee, die übrigens ein Axiom jeder gesunden moralischen Auffassung ist, fordern wir den Volksentscheid in den Teilen unserer Heimat, die man von uns trennen will. Ich verheiße, daß wir uns dem Ergebnis des Volksentscheids unterwerfen, auch wenn es für uns negativ wird. Die Volksabstimmung soll natürlich unter solchen Umständen gehalten werden, wo die Freiheit des Entscheids gesichert werden kann.“

Die Volksbefragung ist auch darum nötig, weil die Bevölkerung der besetzten Gebiete in der Nationalversammlung, die letzten Endes zum Entscheiden von den vorgeschlagenen Friedensbedingungen berufen ist, keine Vertretung haben wird. Keine einzige Regierung oder Nationalversammlung hat das Recht, von deren Schicksal zu entscheiden, die in ihr nicht vertreten sind.

Der Redner erinnerte an die seit Jahrhunderten drohende „Gefahr vom Osten“ und betonte, daß das historische Ungarn die Schutzmauer von Europa ist. Er spielte direkt auf die Stärke der siegreichen sozialistischen Revolution in Rußland und auf die Möglichkeit ihrer Verbreitung an, was die Existenz des europäischen Kapitalismus wirklich gefährdete: „Gegen die Gefahren vom Osten kann allein die Stabilität des historischen Ungarns Mitteleuropa verteidigen. . . Sie kennen die Gefahren, die diesen

Frieden bedrohen, besser. Sie wissen besser als ich, daß die Folgen des Krieges den Geist und die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Lebens um ihr Gleichgewicht brachten. Aus den traurigen Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir, daß der Erfolg der anarchistischen Elemente dessen Folge ist, was die moralische Kraft der Gesellschaft untergrub, also was die Schwächung des nationalistischen Gefühls und das Elend der Arbeitslosigkeit mit sich brachte. *Wenn in diesem Teil Europas, der zum brennenden Lager des Bolschewismus noch immer nahe ist, die Voraussetzungen und die Wiederaufnahme der Arbeit erschwert werden, gewinnen die Gefahren des gesellschaftlichen Friedens neuen Boden.* Verteidigungslinien sind machtlos gegen Infektionen, besonders gegen moralische Infektionen.“⁶ Nicht nur die Argumente wirkten aber anakronistisch, auch die Erscheinung der Argumentierenden verriet die Tatsache: im Namen Ungarns setzten sich die Vertreter einer vergangenen Zeit zum Verhandlungstisch. Die zeitgenössischen französischen Blätter charakterisierten Apponyi, als einen Greisen mit weißem Bart und Zwicker, der gegen die Ereignisse völlig unempfindlich ist. Die sensationssüchtigen Journalisten nützten die Möglichkeiten aus. Als Lloyd George die Frage stellte, wo und in welcher Proportion 3,5 Millionen Ungarn leben, hob Apponyi seine Hand zum Ohr, rückte seinen Stuhl näher zum Pult des Präsidiums und bat um die Wiederholung der Frage. Er mißverstand auch die Frage von Clemenceau. Seine „große Rede“ steigerte nur die Antipathie der Mächte und der Weltöffentlichkeit gegen Ungarn und trug zur Verstärkung der Solidarität der Nachbarstaaten bei. Im Februar 1920 überreichten die Vertreter von Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien der Friedenskonferenz ein gemeinsames Memorandum. Sie setzten ihre Forderungen gegen Ungarn fest und protestierten gegen den Volksentscheid. Sie sandten auch der ungarischen Regierung eine gemeinsame Antwort. Sie hielten Apponyis Hinweise auf das Kulturniveau für beleidigend, und bezweifelten die politische, ethnologische, wirtschaftliche und geographische Einheit des alten Ungarns.

Die erste Periode der Verhandlungen ging schnell zu Ende. Die ungarische Friedensdelegation und die Regierung bat um 15 Tage für die Zusammenstellung der Bemerkungen zum Vertragsentwurf. Die aus vielen Mitgliedern bestehende Delegation kehrte so am 20. Januar nach Budapest zurück. An der Gesamtsitzung der Friedensdelegation am 21. Januar nahm auch Ministerpräsident Horthy teil. Apponyi sprach über den Empfang, die Friedensbedingungen und die Tätigkeit der Delegation: „Die Wohnung der Delegation in Paris war so eng — sagte er —, daß selbst die Delegierten wenig Platz hatten“. Darum ergreift er die erste Gelegenheit, den Mitgliedern der Delegation, die in Budapest blieben, über die sich in Paris abgespielten Ereignisse zu berichten. Sie konnten mit den Staatsmännern der Entente keinen persönlichen Kontakt schaffen auch im brieflichen Verkehr vermittelte der Leiter der verbundenen Offiziere, Oberleutnant Henry. Er machte diese Vermittlung natürlich davon abhängig, ob sie aus seinem Gesichtspunkt für zweckmäßig gehalten werden kann. Die Mitglieder der Delegation durften nur mit der Erlaubniß

des Leiters der verbindenden Offiziere Besucher empfangen, die Erlaubnisse wurden aber meistens verweigert . . . „An dem Tag, als wir von der Untersuchung unserer Bevollmächtigung unterrichtet wurden, bzw. das Akkreditiv der Vertreter der Mächte übernahmen, wurde uns bekannt, wann man uns die Friedensbedingungen übergibt. Da packten wir die vorbereiteten Noten gleich zusammen und sandten sie noch vor der Übergabe der Friedensbedingungen mit einer Begleitnote ein, in der ich persönlich um eine Gelegenheit bat, unseren Standpunkt auch mündlich darzulegen, und im Rahmen einer vertraulichen Diskussion über die Lage Ungarns in der Vergangenheit und in der Gegenwart einen Aufschluß zu geben. Dem ist es zu verdanken, daß als wir am 15. Januar am Quai d'Orsay erschienen, Clemenceau uns die Friedensbedingungen nach einer kurzen Rede übergab, laut der der Fünferrat mein Gesuch akzeptiert und mich gebeten hatte, am nächsten Tag, am 16., Freitag nachmittag um drei Uhr im Außenministerium zu erscheinen, wo ich zur Schilderung der Geschichte und der heutigen Lage Ungarns eine Möglichkeit bekomme. Am nächsten Tag erschienen wir am Quai d'Orsay, die Hauptdelegierten und ein Stenograph. Der Präsident gab mir das Wort. Ich versuchte die Lage zu erklären, vermied jede Affektation oder Kriecherei und nahm den Standpunkt ein, der mit den Ideen der Gerechtigkeit und der Freiheit der Völker vereinbart werden kann.

Ich begann meine Rede französisch, übersetzte sie dann ins Englische, und endlich, um der Sympathie für das italienische Volk einen Ausdruck zu geben, sagte ich einige Worte auch italienisch. Als ich meine Rede beendete, fragte Clemenceau etwas von mir, was ich nicht richtig verstand. Clemenceau bat mich nämlich, die italienisch gesagten uns Französische und Englische zu übersetzen, ich verstand es aber so, daß er mich zur Aussage meiner Konsequenzen auffordert. Ich erklärte, daß unsere Lage den Volksentscheid und die Aussendung einer Entente-Untersuchungskommission erfordert, die auf den besetzten Gebieten die dortige Situation, die Administration und die Übertretungen der Besatzungstruppen kontrollieren würde. Noch während meiner Rede bemerkte ich, daß Lloyd George Clemenceau einen Zettel schickte, auf dem er, wie es im Licht der späteren Ereignisse klar wurde, um das Wort bat. So geschah es, daß Lloyd George am Ende meiner Rede einer Frage an mich richtete, die ich nicht verstand. Da nahm ich meinen Stuhl, ging zum Tisch von Lloyd George und setzte mich ihm gegenüber.“⁷

Die Regierung hielt die Friedensbedingungen für unannehmbar und bat zur Ausarbeitung ihrer Bemerkungen um die Verlängerung des 15 Tage langen Termins. Nach den Ereignissen in Neuilly wurde es aber klar, daß selbst die noch so umfangreichen Bemerkungen der ungarischen Regierung den Friedensvertrag nicht verändern können. Die ungarische Delegation fuhr, nachdem sie die Frist erhielt, erst am 9. Februar nach Paris zurück. Sie übergab die am 8. Februar 1920 angenommene Antwort des Ministerrats, die einen Band erfüllte, dem Rat der Botschafter, der den Fünferrat ablöste und die eingehenden, konkreten Verhandlungen führte. (Der Präsidialrat setzte seine Tätigkeit in London fort.)

Die sogenannten Gegenvorschläge der ungarischen Friedensdelegation enthielten 18 Noten, 84 Beilagen und eine „einleitende Begleitnote“. Diese faßte den Standpunkt der Regierung und der Delegation zusammen: wies die Friedensbedingungen mit den alten Argumenten zurück. „Unserer Ansicht nach haben wir bewiesen, daß im Wesen des uns empfohlenen Vertrags, was die Tatsachen anbelangt, so große Fehler zu finden sind, daß man daraus auf die Abweisung des Friedens schließen muß. Den Vertrag charakterisiert vor allem die völlige Umgestaltung und Zergliederung eines Gebiets, das zehn Jahrhunderte hindurch eine von der Natur bestimmte politische Einheit bildete, und der Vernichtung gleiche Verstümmelung einer Nation, deren Einheit und Resistenz zehn Jahrhunderte verstärkten. Sie wollen die Zergliederung aufgrund der Nationalitätenidee verwirklichen, obwohl die Bevölkerung der auf dem Trümmern Ungarns entstandenen Staaten ebenso gemischt wird und ihr an jeder organischen Einheit fehlen wird. Die Grenzen dieser neuen Staaten werden nicht natürlich, sie werden die geographischen Linien kreuzen, die Einheit der Rassen vernichten, die Industriezentren von den in Rohstoffen reichen Gebieten und von den natürlichen Märkten trennen, die Bedingungen der Produktion erschweren, die Fruchtbarkeit der Felder vermindern, die Quelle des Wohlstands vertrocknen. Diese Staaten werden künstlich und improvisiert, ohne die Traditionen der politischen Einheit. Es wird charakteristisch für sie, daß die ungebildeteren Rassen die unvermeidliche Herrschaft über die Nationalitäten übernehmen werden, was den Untergang der Kultur mit sich bringt; die Umrisse dieser Lage zeigen sich schon nach der Besetzung Ungarns von den neuen Herren, ihr können sich weder die unterdrückten Massen, noch der Geist der Menschheit ohne Aufruhr ergeben. Es gibt keinen Grund dazu, daß man an die Stelle einer politischen Struktur, deren Festigkeit die Geschichte schon vielmal erprobt, die Europas Ruhe verteidigte, solche Flickwerke stellen will. Unzählige Gründe sprechen dafür, daß wir uns solchen Versuchen enthalten und keine neue Feuer der Unruhe anzünden, in der Minute, wo Europa die Ruhe, das Gleichgewicht und den Wiederaufbau so unverzüglich benötigt, wo der furchtbarste Sturm der Destruktion alle diese Grundinteressen gefährdet.“ Er verteidigte die nationalistische Politik der ungarischen herrschenden Klassen, versprach aber für den Fall, wenn die alten Grenzen behalten werden, eine demokratische Politik:

„Das Problem der Nationalitäten wird seine gerechte Lösung auf unserem alten Gebiet finden, wenn es der Volksentscheid uns läßt ... Wir fordern also auf den Gebieten, die man von Ungarn trennen will, solche Bedingungen zur Volksabstimmung, die deren Freiheit und Realität sichern können.“

Nachdem die Idee des Volksentscheids angenommen wird, bestimmen wir dessen Art und Weise mit einer gemeinsamen Vereinbarung. Wir sagen aber schon heute feierlich und bei unserer nationalen Ehre aus, daß wir das Ergebnis des Volksentscheids, sei es auch negativ, sowohl aus moralischem als auch aus rechtlichem Gesichtspunkt als obligatorisch, endgültig und unbestreitbar betrachtet werden. Sonst müssen wir hier

wiederholen, was der Präsident der ungarischen Delegation dem hohen Rat in einer Vorlage auszusagen die Ehre hatte: ohne den Volksentscheid würde die Besitznahme der getrennten ungarischen Gebiete von den Nachbarstaaten jeder rechtlichen und moralischen Grundlage entbehren. Die ungarische Nationalversammlung hat kein Recht, über sie zu entscheiden, diese Gegenden haben nämlich keine Vertretung in ihr. Vorausgesetzt also, daß die Nationalversammlung den Friedensvertrag, der die fraglichen Gebiete den Nachbarstaaten gibt, durch ihre Bevollmächtigten unterschreiben läßt, und sie selbst ihn ratifiziert, ist die Überlassung für diese Landteile nicht von bindender Kraft, und sie werden immer Recht haben, sich für solche Volksgruppen zu halten, die der Regierung einer rechtswidrigen Gewalt unterworfen sind.“

Neben den territorialen Fragen stellten sie gegenüber den Friedensverträgen auch auf dem Gebiet der Wirtschaft den nationalistischen Gesichtspunkt. „Wenn man einen bestimmten Teil des ungarischen Gebiets durch irgendwelche Maßnahmen abtrennen würde, wäre es das mindeste, was sie tun könnten, daß sie einige Jahre lang die alte wirtschaftliche Einheit auch trotz der Veränderung der politischen Grenzen bewahren. Das wäre in den Jahren des Übergangs nur ein Linderungsmittel, weil weder die Flüsse ihren Gang, noch die Täler ihre Richtung, noch die Wälder und die Gruben ihre Stelle verändern können; es würde mindestens den Fall dämpfen und Zeit geben, damit sich jeder Teil der zerstörten Einheit zum Kampf vorbereiten kann, den er gegen die Natur führen muß.“⁸

Apponyi äußerte sich in Wien den Journalisten. „Sämtliche Gegenvorschläge — sagte er — beruhen auf dem Prinzip des Volksentscheids, wir werden die Abtrennung ungarischer Gebiete nie anerkennen, wenn sie nicht aufgrund einer Volksabstimmung durchgeführt wird.“ Auch der Umstand macht nach Apponyi die Volksbefragung begründet, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete, in der Nationalversammlung, die inzwischen zusammentrat, sich nicht vertreten läßt, und die Friedensdelegation im Namen der Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht sprechen kann. Er wiederholte sein Steckempfind, die kulturelle Überlegenheit, vielleicht noch grober, noch arroganter als früher: „Die nationale Hegemonie eines Volkes, das auf einem niedrigeren Niveau steht, ist völlig absurd.“⁹

Die Antwort der Friedenskonferenz ließ lange auf sich warten. In Ungarn hoffte man viel von der Antwort. Man vertraute auf die Milderung der Friedensbedingungen. Diese Hoffnung hegten auch die vertraulichen französisch-ungarischen Verhandlungen, die von französischer Seite Paleologue, von ungarischer Dr. Károly Halmos, später Imre Csáki führten. Nach den Berichten über die Verhandlungen hätte Ungarn dem französischen Kapital eine Möglichkeit zum Zufluß gegeben und dafür politische Gegenleistungen erhalten. Frankreich blieb jedoch bei der Verpflichtung behutsam. Darum bedrängte es den Vertragsabschluß, stellte hingegen das Abkommen mit der ungarischen Regierung nur in Aussicht. An der Verabredung zwischen Paleologue und Gesandtschaftsrat Imre Csáky

am 5. Mai beurteilte man die Möglichkeiten der Entfaltung folgendermaßen: es könnte ein Abkommen geschlossen werden, das das Friedenswerk nicht beschädigt. Frankreich würde im Interesse Ungarns die Wiederherstellung der Freiheit des Verkehrs, den Aufbau der normalen Wirtschaft und die einheitliche Regelung des Wasserwesens unterstützen. Paleologue erörterte, daß die französische Regierung zu ihren Verbündeten korrekt bleiben will und sich vorläufig in größerem Maß nicht verpflichten kann. Er beruhigte jedoch Csáky, daß ihre feste Absicht ist, Ungarn zum Stützpfeiler Osteuropas zu machen.¹⁰ Die Hoffnungen der ungarischen herrschenden Klassen erwachten also immer wieder. Sie wurden auch durch den Abgang von Clemenceau und die Ernennung Millerands zum Ministerpräsidenten verstärkt. Der größte Fragenkomplex, die Bestimmung der neuen Grenzen galt jedoch zur Zeit des Zusammentritts der Friedenskonferenz für endgültig abgeschlossen.

Die ungarische Friedensdelegation erhielt am 6. Mai die Antwort der Ententenmächte, die die Forderungen der am 12. Februar überreichten Noten zurückwies. Sie legten den Brief Millerands, des französischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Friedenskonferenz bei: „Die Alliierten Mächte stellen sich nach langer Überlegung auf den Standpunkt, daß sie die territorialen Beschlüsse der Friedensbedingungen in keiner Hinsicht modifizieren werden. Als sie so entschieden, waren sie davon überzeugt, daß jede Veränderung der von ihnen bestimmten Grenzen schwerere Folgen hätte als welche die ungarische Friedensdelegation in Aussicht stellte. Die Analyse der ungarischen Gegenvorschläge verstärkte nur die Überzeugung, zu der die Alliierten Mächte schon vorher, nach der Untersuchung sämtlicher Beweise kamen, die neben der Gerechtigkeit des ungarischen Standpunkts vorgeführt wurden; die Grenzen, die in den Ihnen vorgelegten Friedensbedingungen festgelegt wurden, bestimmte man aufgrund dieser Überzeugung.“

Die Verhältnisse Osteuropas machen die völlige Übereinstimmung der politischen Grenzen mit den ethnischen wirklich unmöglich. Daraus folgt, — die Alliierten beugten sich mit Bedauern vor der Notwendigkeit — daß einige Zentren der ungarischen Bevölkerung unter die Souveränität eines anderen Staates kommen müssen. Auf diese Situation kann man sich jedoch mit dieser Behauptung nicht beziehen, daß es besser gewesen wäre, den alten territorialen Zustand nicht zu verändern. Das bestehende System der Dinge, sei sie auch tausend Jahre alt, ist für die Zukunft nicht berechtigt, wenn sie für ungerecht befunden wurde.

Die ungarische Delegation argumentiert damit, daß die Friedensbedingungen nirgends eine Volksabstimmung verordneten. Wenn die Alliierten Mächte eine Volksbefragung solcher Art für überflüssig hielten, geschah das darum, weil sie davon überzeugt wurden, daß diese Befragung, wenn die Aufrichtigkeit der Meinungsäußerung gesichert wäre, zu keinem anderen Ergebnis führte als zu dem die sorgfältige Analyse der ethnischen Verhältnisse und der nationalen Aspirationen Mitteleuropas die Mächte führte. Der Wille der Völker äußerte sich im Oktober und November 1919 als die Monarchie zusammenstürzte und die seit

langem unterdrückten Nationalitäten sich mit ihren italienischen, rumänischen, jugoslawischen oder tschechisch-slowakischen Brüdern vereinigten. Die seit damals geschehenen Ereignisse sind neue Beweise der Gesinnung der Nationalitäten, die vorher unter der Krone von Stefan I. lebten. Die verspäteten Maßnahmen der ungarischen Regierung, mit denen sie die Autonomiebestrebungen der Nationalitäten befriedigen will, werden niemanden beirren, sie werden die wichtige historische Wahrheit, daß die ungarische Politik viele Jahre hindurch die Stimme der nationalen Minderheiten zu unterdrücken bestrebt war, nicht in Frage stellen.“ Die Teile des Briefes, die sich auf die Gründung und Tätigkeit von Kommissionen für die Bestimmung der Grenzen bezogen, erfüllten die ungarischen herrschenden Kreise wieder mit übertriebenen Hoffnungen. „Die Alliierten Mächte vergaßen nicht das Prinzip, von dem sie bei der Bestimmung der Grenzen geführt wurden, erwogen auch die Möglichkeit, daß die so festgestellten Grenzen den ethnischen und wirtschaftlichen Anforderungen eventuell nicht immer entsprechen werden. Die Untersuchungen, die auf dem Schauplatz vorgenommen werden, machen unter Umständen die Modifizierung der im Vertrag festgelegten Grenzen notwendig. Eine solche Untersuchung kann aber heute nicht durchgeführt werden, weil sie den Abschluß des Friedensvertrags auf unbestimmte Zeit verschöbe, obwohl ihn das ganze Europa mit vollem Herzen wünscht. Wenn aber die Kommissionen für die Bestimmung der Grenzen ihre Arbeit beginnen, und sie die Maßnahmen des Vertrags — im Sinne des oben gesagten — für ungerecht, die Gutmachung dieser Ungerechtigkeit aber für allgemeines Interesse halten, werden sie Gelegenheit haben, dar überdem Rat der Allianz der Nationen einen Bericht zu erstatten. In diesen Fall genehmigen die Alliierten, daß, wenn eine der interessierten Seiten das verlangt, der Rat der Allianz seine Dienste anbieten kann, mit dem Ziel, daß die ursprüngliche Grenze, bei denselben Bedingungen, dort verändert werde, wo das eine von den Grenzkommisionen für wünschenswert hält. Die alliierten Mächte vertrauen darauf, daß diesen Verfahren zur Modifizierung aller ungerechten Grenzlinien eine entsprechende Möglichkeit bieten wird, wenn berechtigte Einwände gegen sie erhoben werden. können.“¹¹

Der Entwurf des ursprünglichen Friedensvertrags blieb also eigentlich unverändert, nur einige finanzielle Modifizierungen und die Abänderungen, die sich auf die einheitliche Administration des Donaubeckens bezogen, bedeuteten eine Erleichterung. Im Sinne des Entschlusses der Friedenskonferenz sollte die ungarische Delegation nach 10 Tagen auf die Frage antworten, ob sie aufgrund der mitgeteilten Bedingungen zur Unterzeichnung des Friedensvertrags sich berechtigt fühlt. Die Zurückweisung hätte die Aufgabe des Waffenstillstands, den casus belli und die Besetzung des Landes bedeutet. An den Grenzen des Landes begann die Zusammenziehung der tschechoslowakischen und jugoslawischen Truppen. Der Zeitpunkt bot also keine Alternative. Die Regierung stand vor einem großen Dilemma, sie konnte nämlich den Vertrag wegen außenpolitischer Gründe nicht zurückweisen, wollte ihn aber auch nicht an-

nehmen. Unter den gegebenen Umständen schlug im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten selbst Graf Andrássy die Annahme des Entwurfs vor. „Wenn wir diesen Frieden annehmen, ohne daß es unumgänglich notwendig ist, setzen wir die Zukunft der Nation aufs Spiel; wenn wir ihn aber nicht annehmen, obwohl wir nicht genug stark sind mit den Folgen der Nichtannahme zu rechnen, stürzen wir die Nation in den Tod.“¹² Die Regierung berief sich also auf die Zwangslage und entschied sich für die Annahme. Man setzte gleichzeitig große Hoffnungen auf den Begleitbrief Millerands, wartete von der Tätigkeit der Kommissionen für die Gestimmung der Grenzen beträchtliche Modifizierungen. Der Ministerrat bezog sich, als er die Entscheidung für die Unterzeichnung begründete, auf die Versprechungen des Briefes von Millerand. Er unterbreitete jedoch der Nationalversammlung den Brief noch nicht und berief sich darauf, daß er das ganze Gebiet des Landes nicht vertritt. Auch Apponyi nahm die Unterzeichnung nicht auf sich. Der Entschluß der Regierung wurde zusammen mit dem Absagebrief von Apponyi nach Paris gesandt. „Dieses Korps, dessen Aufgabe die billige Beurteilung des Friedensvertrags und nicht die Erwägung der politischen Lage des Landes und der politischen Auswirkungen des mitgeteilten Briefes ist – schrieb Apponyi –, muß aussagen, daß es zur Unterzeichnung des Vertrags nicht ermächtigt ist, und gibt sein Mandat denen zurück, von denen es es erhielt, und deren Aufgabe ist, unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Bestimmungen über die Unterzeichnung zu entscheiden.“¹³

Am Ende Mai kam die Einladung der Friedenskonferenz zur Unterzeichnung des Friedensvertrags an. Den Vertrag sollten von ungarischer Seite ein oder mehrere Mitglieder der Regierung im Grand Trianon-Palast unterschreiben. Der Ministerrat wurde vor ein neues Problem gestellt. Wer wird den Vertrag unterschreiben? Die Mitglieder der Regierung weigerten sich, obwohl es betont wurde, daß den Unterzeichner „das ganze Kabinett decken wird“. Die Minister, die in Betracht kamen, stellten für den Fall der Unterzeichnung ihre Abdankung in Aussicht. Einer der Minister bemerkte, daß er die Weigerung nicht versteht, die Regierung entschied sich nämlich einheitlich für die Unterzeichnung. Horthy empfahl Kriegsminister Soós, damit würde man gleichzeitig demonstrieren, daß in der Tat niemand unter den Mitgliedern der Regierung den Frieden akzeptiert, darum unterzeichnet ihn – dem Befehl gehorchend – ein Soldat. Die Regierung delegierte endlich Dr. Ágost Bernárd Volkswohlfahrts- und Arbeitsminister und Alfréd Drasche Lázár, außer ordentlichen Botschafter und bevollmächtigten Minister zur Unterzeichnung des Friedensvertrags. Die Unterzeichnung fand am 4. Juni 1920, um 16 Uhr 30 statt. Ihr Schauplatz war die Halle, die den großen und den kleinen Trianon-Palast verband. Der Vorsitzende war der französische Ministerpräsident, Millerand. Der Unterzeichnungsakt dauerte nur einige Minuten lang.¹⁴

Am 26. Oktober 1920 unterbreitete endlich Außenminister Imre Csáky dem Parlament den Gesetzantrag vom Friedensvertrag. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, für das Staatsrecht und für die

Volkswirtschaft gaben dem Parlament ihre Meinung am 13. November bekannt, sie schlugen auch ihre Annahme vor. Im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten teilte Károly Huszár seine Beweggründe in einer Deklaration mit: „Er wendet sich zum Gewissen der Menschheit und sagt im Angesichte der göttlichen Wahrheit aus, daß dieses Friedensdokument ungerecht ist, er ist der festen Meinung, daß es auf falschen Angaben beruht und den Interessen der Menschheit entgegengesetzt ist, daß es kein Ergebnis der gegenseitigen Erörterung der Tatsachen und Interessen ist, oder einer Vereinbarung, die daraus folgt, sondern die Gewalt eines einseitigen, fremden Willens über uns; die ungarische Nationalversammlung stimmt der Ratifizierung nur darum bei, weil sie dieser unwiderstehlichen Gewalt nachgeben muß; sie kann den Gebieten, die in ihr nicht vertreten sind, mit dieser Tatsache eine Pflicht auferlegen und vertraut fest darauf, daß die bessere Einsicht eine Bahn zur Gutmachung der Ungerechtigkeiten eröffnet.“¹⁵ István Friedrich sagte aus, daß er davon nicht überzeugt ist, daß die Verweigerung der Ratifizierung für das Land wirklich eine Gefahr bedeutet. Seines Erachtens ist die Teleki-Regierung reif für den Sturz, es soll endlich die Politik kommen, die sich auf konstruktive Kräfte stützt. Man soll nicht auf seine Henker blinzeln, sondern sich eher der germanischen Nation nähern, die ein ähnliches Kreuz trägt. „Heute registrieren wir keinen Friedensvertrag – sagte er –, wir beginnen aber einen Kampf auf Tod und Leben, bis zum letzten Atemzug, bis auf den letzten Tropfen Blut... Ich bezweifle, daß diese Nationalversammlung zur Durchführung der Ratifizierung des Friedens berechtigt ist. Ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen, daß unsere beiden konstitutionelle Faktoren, das Herrenhaus und die königliche Macht gegenwärtig nicht funktionieren. Ohne ihrer Befragung darf man in dieser Schicksalsfrage nicht entscheiden. Ich protestiere hier feierlich gegen die Ratifizierung...“¹⁶ Lajos Windischgrätz redete auch lange. Er erhob seine Stimme gegen die Ratifizierung, bot sogar „den letzten Groschen“ und „den letzten Tropfen Blut unserer Kinder“ dar. Nach der Meinung von Pál Teleki sprach der Friedensvertrag der Aufrichtigkeit und der Wahrheit hohn. Man versuchte mit allen Mitteln das Recht Ungarns zu verteidigen. Die Mitglieder der Friedensdelegation wußten als sie nach Paris fuhren, daß die Delegation auf kein Verständnis rechnen kann. Es wurde nämlich nicht aufgrund der verkündeten Prinzipien Recht gesprochen. „Man hoffte auf keine Gerechtigkeit, doch auf Edelsinn... Es gibt hier solche, denen unter der Schwere der Lage das Interesse der Nation einleuchtet, die das Haupt beugen und sich mit dem Unabänderlichen abfinden, es gibt jedoch keinen – auch mich eingerechnet –, der diesen Frieden so ratifizieren würde, daß er zugleich an das Recht auch eines seiner Punkte glaubt.“¹⁷

Der Gesetzantrag von der Ratifikation des Friedensvertrags kam endlich im Jahre 1921 als der XXXIII. Gesetzartikel in die Reihe der ungarischen Gesetze. Der 1. Paragraph des Gesetzes, das am 15. November 1920 von der Nationalversammlung auch in dritter Lesung angenommen wurde, berief sich ebenfalls auf die Zwangslage: „In Anbetracht der

Zwangslage, die die Folge des unglücklichen Ausgangs des Weltkriegs ist, und die auch bei der Entscheidung der ungarischen königlichen Regierung über die Unterzeichnung des Friedensvertrags determinierend war, wird der mit den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Belgien, China, Kuba, Griechenland, Nikaragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, dem Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staat, Siam und der Tschechoslowakei am 4. Juni 1920 in Trianon abgeschlossene Friedensvertrag mit den beigefügten Karten und den Annexen der einzelnen Bestimmungen des Friedensvertrags, ferner mit dem als Ergänzung des Vertrags ebenfalls vom 4. Juni 1920 datierten Protokoll und Erklärung zum Gesetz des ungarischen Staates erhoben.¹⁸ Die Nationalversammlung also den Entwurf des Friedensvertrags, der für die unerläßliche Bedingung der Anerkennung und der politischen und wirtschaftlichen Konsolidation des gegenrevolutionären Regimes galt, an. Der Trianoner Friedensvertrag enthielt – ähnlich den schon abgeschlossenen Friedensverträgen – das Einheitsdokument der Allianz der Nationen, die sich auf Europa beziehenden politischen Bestimmungen, unter ihnen auch den Schutz der Minoritäten. Der 55. Artikel des Vertrags schrieb vor: Ungarn verbindet sich dazu, daß es jedem Bewohner des Landes den Schutz des Lebens und der Freiheit sichern wird, ohne Rücksicht auf nationale, sprachliche, rassische, religiöse oder die Herkunft betreffende Unterschiede.¹⁹ Der zweite Teil des Friedensvertrags gab die neuen Grenzen Ungarns detailliert an. Die tschechoslowakische und rumänische Grenze stimmte mit den in der Note vom 13. Juni 1919 festgesetzten Grenzen überein. Der Vertrag sprach Westungarn dem mit Österreich schon abgeschlossenen Friedensabkommen entsprechend Österreich zu. Die unter der Obergewalt des slowenischen Staates stehenden Fünfkirchen, Mohács und Siklós, das sogenannte Baranya-Dreieck, kamen zu Ungarn zurück. Das früher (mit Kroatien) 325.400 km² große Gebiet des Landes verminderte sich zu 92.900 km², die Zahl der Bevölkerung von 20,8 Millionen zu 7,6 Millionen. Auf den von Ungarn getrennten Gebieten lebten mehrere Millionen Ungaren, ein beträchtlicher Teil dieser Gruppe sogar entlang den neuen Grenzen, in einheitlichen Blocks. Die Wilsonschen Prinzipien kamen also nicht zur Geltung, den Vertrag diktierten die Sieger solcherart, daß sie während der Vorbereitung die Meinung der besiegten Länder nicht einmal erbat. In Neuilly standen also imperialistische Konzeptionen einander gegenüber, der durch den Nationalismus der Nachfolgestaaten verstärkte, in erster Linie französische Entente-Imperialismus und die von Apponyi und der Delegation vertretene chauvinistisch-imperialistische Plattform. Die Entscheidung der Entente hätte selbst ein demokratischer oder sozialistischer, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker basierender Standpunkt nicht verändern können, er hätte jedoch die Aussichten des Landes nicht mehr verschlimmert, und die revisionistische Politik, die notwendigerweise zum neuen Krieg führte, nicht ausgelöst. Eine derartige Aufstellung der Frage weist aber schon weit über die Rahmen des Trianoner Friedensvertrags hinaus, der Großmachtschauvinismus von Apponyi und der ungarischen

Friedensdelegation folgte aus dem Wesen des Systems, bildete seinen organischen Teil.

Ungarn verpflichtete sich im Friedensvertrag, daß es die neuen Grenzen anerkennen und in Ehren halten wird. Die „militärischen Anordnungen“ bestimmten auch die Garantien. Die „allgemeine Militärpflicht“ soll in Ungarn aufgehoben werden. Im Sinne der Artikel 103–104.: „Die ungarische Armee darf in der Zukunft nur aufgrund freiwilliger Einrückung aufgerüstet und ergänzt werden... Die Gesamtzahl der ungarischen Armee darf, eingerechnet die Offiziere und die Ersatztruppen, das 35.000 nicht übersteigen... die Proportion der Offiziere, miteinbegriffen das Personal der Stäbe und der besonderen Dienste, darf das Zwanzigstel, das Verhältnis der Unteroffiziere das Fünfzehntel der Gesamtzahl der aktiven Soldaten nicht übersteigen... Die ungarische Armee darf ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Gebiet Ungarns und zum Grenzschutz verwendet werden.“²⁰ Der Vertrag beschränkte die Kriegsindustrie, nur in einer vom Staat geführten Fabrik wurde die Kriegsmaterialherstellung erlaubt. Die Kontrolle der militärischen Maßnahmen wurde in den Wirkungskreis des von den Alliierten Mächten zu diesem Zweck ernannten Interalliierten Militärausschusses gewiesen.²¹ Der VIII. Teil des Friedensvertrags bestimmte im allgemeinen die Entschädigungspflicht Ungarns, die ausführliche Analyse des Problems überließ man aber der Kommission für Kriegsentschädigung.²²

Parallel mit dem Beginn der Friedensverhandlungen verstärkte sich die revisionistische Propaganda. In ihrer Frontlinie stand die Gebietschutzliga.

Die Liga – ihr offizieller Name war Liga für die Verteidigung der territorialen Integrität Ungarns – bildete sich noch am Ende 1918. Ein wesentlicher Teil ihrer Tätigkeit stand in engem Zusammenhang mit dem Friedensvertrag. Ihre Losung war die Verteidigung bzw. Wiederherstellung der tausendjährigen Grenzen des Landes. Vom Anfang an spielten die rechten Organisationen, die von den besetzten, später abgetrennten Gebieten entflohenen Offiziere, Kapitalisten, Stuhlrichter, Groß- und Mittelbesitzer in der Liga eine Rolle. Ihnen folgte ein Teil der kleinen Leute, die sich um ihr Brot fürchteten, die Angestellten der Städte und Komitate, und die Eisenbahner. Nach August 1919 siedelte sich ihre Mehrheit auf den noch nicht besetzten Gebieten Transdanubiens an. Der Regierungskommissar schrieb in seiner Anordnung vom 18. Oktober 1919 vor, daß sie möglichst proportioniert verteilt werden sollen.²³ Deshalb verordnete er in den Stadtgemeinden und größeren Dörfern die Bildung von Kommissionen aus 3–5 Mitgliedern, die sich mit der Einquartierung, Beschäftigung und Unterstützung der Flüchtlinge befaßt hätten. Die aus den einzelnen Landesteilen Gekommenen scharten sich in verschiedenen Ligen. Sie bewahrten ihre Selbständigkeit, es bildete sich jedoch im April unter dem Patronat von Erzherzog Joseph, Fürstprimas János Csernoch, Graf Albert Apponyi und Fürst Mikós Eszterházy, mit der Teilnahme der oberungarischen und südländischen Liga und des siebenbürgischen ungarisch-szeklerischen Bundes der Verband für den Schutz der

Flüchtlinge.²⁴ Nach dem Einzug von Horthy in Budapest, am 16. November 1919 siedelte sich ihre Mehrheit in die Hauptstadt über. Ihre Einquartierung verursachte jedoch besondere Schwierigkeiten. Der Regierungskommissar, der sich mit dem Problem der Flüchtlinge beschäftigte, schrieb am 16. April 1920: „Die hierher strömenden Flüchtlinge und die ausgewiesenen Angestellten müssen wir vorläufig in Eisenbahnwagen lassen, in vielen Fällen dauert es zwei-drei Monate lang, bis wir ihnen eine entsprechende Unterkunft sichern können. Auf einigen Bahnhöfen der Hauptstadt standen auch im Winter Hunderte von Wagen, in denen Flüchtlinge und ausgewiesene Angestellten mit ihrer Familie wohnten.“²⁵ Zur Erledigung ihrer Probleme, zu ihrem Empfang und ihrer Verquartierung brachte man das staatliche Flüchtlingenamt zustande.²⁶ Das Amt stand unter der Aufsicht des Innenministeriums, bzw. des schon früher gebildeten „Staatlichen Regierungsausschusses der in ihrer Tätigkeit behinderten Komitatsangestellten“. Im Februar 1922 wurde es in den Wirkungskreis des Volkswohlfahrts- und Arbeitsministers gezogen.²⁷ Die Kräfte, die nach Möglichkeiten der politischen Stabilisation der Gegenrevolution suchten, gerieten in ein wahres Dilemma. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags in Trianon zerstörte nämlich die Hoffnung der schnellen Wiederherstellung des alten Ungarns. Auch die Pläne der Aufrüstung der großen, die Revision durchführenden Armee, in der die Flüchtlinge eine wichtige Rolle bekommen hätten, wurden vernichtet. Unter solchen Umständen verursachte die starke Einstromung der Flüchtlinge — obwohl sie die politische und militärische Basis der Gegenrevolution verstärkte —, ihre Einquartierung und Einstellung in die Arbeit immer größere Schwierigkeiten. Neben dem Flüchtlingenamt bildete sich darum der Landesrat für die Sache der Flüchtlinge unter dem Präsidium von Graf István Bethlen, halbwegs mit militärischem Charakter. In Budapest wurden die Abteilungen für Nord-, Ost- und Westungarn ausgebaut, auf dem Land, in den Standorten der militärischen Bezirkskommanden — in Stuhlweißenburg, Steinamanger, Kaposvár, Debrecin, Miskolc und Szeged — brachte man die Hauptabteilungen und die Stellen für die Sache der Flüchtlinge ebenfalls zustande.²⁸ Bethlen, Vorsitzender des Landesrats für die Sache der Flüchtlinge, versuchte die Überströmung so zu verhindern, daß sich ihre die Gegenrevolution verstärkende Wirkung zugleich nicht abschwächt. In seinem Rundschreiben vom 24. Juli 1920 stellte er die Entziehung des Beamtengehalts, bzw. der Hilfe denen in Aussicht, die ohne gesicherte Wohnung in die Hauptstadt kommen.²⁹ Vom März 1921 organisierte er auf den Grenzstationen die sogenannten Stellen für die Kontrolle der Einziehenden. Diese untersuchten und beurteilten die Gesuche derer, die hinüberziehen wollten. Laut der Intentionen von Bethlen soll man die Familienmitglieder, die Familienoberhäupte, die Schüler, die Studenten und alle einlassen, die aus ihrem früheren Wohnort von den Besatzungsbehörden ausgewiesen wurden. Es scheint aber so, daß diese Maßnahmen die Überströmung kaum mäßigten. Darauf weist die Anordnung des Innenministers vom 12. Juli 1922 hin, in der er die Behörden um die Beschränkung der Einstromung bittet.³⁰

Ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge schloß sich im Zeichen der Revision den Schutzligen an. Die Mitglieder der „Munizipalräte“ der besetzten Komitate und Städte forderten schon an ihrer in der Redoute gehaltenen Versammlung die Bewahrung der territorialen Integrität Ungarns. In ihrem Entschluß sagten sie die Fortsetzung ihres souveränen Lebens aus.³¹ Diese „Munizipalräte“ und die Ligen der Flüchtlinge bildeten die Basis der Gebietsschutzliga, die die Führung der revisionistischen Propaganda unternahm. Die größeren, mit den verschiedenen rechten Organisationen vereinbarten Aktionen der Gebietsschutzliga fanden während der Verhandlungen, später bei der Gelegenheit der Unterzeichnung und der Ratifizierung des Friedensvertrags statt. Die Regierung unterstützte sie unmittelbar. Sie übernahm eigentlich den Wirkungskreis des aufgelassenen Propagandaministeriums und sandte den Munizipalbehörden Anordnungen im Zusammenhang mit den territorialen Fragen.

Am 15. Januar 1920, am Tage der Überreichung der Friedensbedingungen gaben das Oberkommando den Bezirkskommandanten und Regierungskommissaren, die Gebietsschutzliga den Vizegespanen die Anweisung: in jeder Kirche sollen die Glocken anschlagen, man soll in Predigten der Verstümmelung des Landes gedenken. Die Lehrer sollen den Schülern die Bedeutung des Tages erklären, in jeder Stadt und jedem Dorf sollen protestierende Volksversammlungen gehalten werden. Über die Ereignisse soll man der Entente berichten: „Sämtliche Trauerfahnen sollen ausgesteckt werden, und eine Woche lang sind allerlei Bühnenvorstellungen, Tranzfeste verboten.“ – lautete der Befehl des Oberkommandos.³² Die Liga organisierte im Mai 1920, mit der Losung „nie und nimmer“, Friedensvertrags. Es stand in ihrem Aufruf: „Jeder Sohn Ungarns jede staatsrechtliche, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Korporation und Vereinigung soll sich zu einer mächtigen Symphonie vereinigen gegen das Attentat protestieren und sich für die Verweigerung der Unterzeichnung des Friedensvertrags bekennen, mit der Hervorhebung dessen, daß es keine Oppositorion zur Entente bedeutet – die unabhängige öffentliche Meinung der Entente verurteilt diesen Friedensentwurf ja auch – und mit der Betonung der Tatsache, daß wir vorläufig nicht an die bewaffnete Befreiung der besetzten Gebiete denken, wir halten es nämlich im Bewußtsein unseres Rechts und der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der heutigen Lage für sicher, daß, sobald die großen westlichen Länder den törichten imperialistischen Bestrebungen der kleinen Nachbarstaaten ihre Unterstützung entziehen – und das wird bald erfolgen – diese aller physischen, moralischen und geistigen Kraft entbehrende, naturwidrige und ungesunde Staatsgebilden zusammenstürzen und die tausendjährige natürliche Einheit Ungarns dem wahren Willen der Völker entsprechend auf friedlichem Wege wiederhergestellt wird.“³³ Den erwähnten Anweisungen folgend wurden die Trauersitzungen veranstaltet und die Telegramme formuliert, die der Regierung der Friedenskonferenz geschickt wurden. Wir zitieren aus dem Protesttelegramm, das von der Kaposvárer Versammlung angenommen wurde:

„Die Bevölkerung der Stadtgemeinde Kaposvár protestiert entschlossen an der heute gehaltenen Volksversammlung gegen jeden uns aufgezwungenen Friedensvertrag, der unsere territoriale Integrität und die Rechte der ungarischen Nation verletzt, sie wird keinen solchen Vertrag anerkennen, sie fordert das unverletzte Weiterbestehen des unter Krone Stephan I. schon seit tausend Jahren existierenden Ungarns, und erwartet von der Entente, daß sie im Friedensvertrag – eventuell mit dessen Veränderung – all das gewähren wird, im entgegengesetzten Fall entschließt sich sowohl die Bevölkerung von Kaposvár, als auch des Komitats Somogy, ihren gerechten Forderungen mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen.“³⁴ Am 4. Juni wurden die Straßen mit den Revision fordernden Flugblättern der Gebietschutzliga überschwemmt der Flüchtlinge marschierte auf der Andrassy-Straße zum Millenium-Denkmal. Die Siebenbürger gingen voran, nach ihnen kamen die nordungarischen Flüchtlinge. Den Zug schlossen die aus Südungarn Entflohenen. In der Minute der Unterzeichnung des Friedensvertrags schlugen die Glocken wieder an, im Straßenbahnverkehr trat eine 10 Minuten lange Pause ein. Die Demonstration wurde am Petöfi-Denkmal fortgesetzt. Die Aufschrift des hier niedergelegten Kranzes war: „Honvedtugend wird die Grenzen unserer heiligen Heimat zurückerobern.“³⁵ István Rakovszky, Vorsitzender der Nationalversammlung eröffnete die außerordentliche Beratung der Nationalversammlung im Zeichen der Wiedervereinigung. „Wir müssen uns nach einem tausendjährigen Zusammenleben von den getrennten Landesteilen scheiden, aber nicht auf ewig! Von diesem Augenblick an richten sich alle unsere Gedanken und Herzschnitte darauf, uns mit ihnen im alten Ruhm und in der alten Größe wiederzuvereinigen. Und wenn wir sie im Augenblick des Abschieds noch einmal an die Brust drücken, vereinigen sich unsere Herzen, keine Intrige, keine Gewalt, keine Macht kann sie voneinander trennen.“³⁶ Das Héjjas-Kommando demonstrierte jedoch in Kecskemét und in der Umgebung auf seine Art. Győző Drózdý und Károly Hencz, Vertreter der Opposition, brachten an der Sitzung vom 5. Juni die Atrozitäten zur Sprache, forderten ihre strenge Untersuchung und die Verantwortlichmachung der Schuldigen. Albert Apponyi beanstandete in seiner in Jászberény gehaltenen Rede das Fehlen der Rechtsordnung.³⁷ Héjjas antwortete aber selbstsicher als Mitglied der Vereinigung der erwachenden Ungarn. Drózdý wurde von seinen Soldaten bedroht. Auch Verteidigungsminister Károly Soós eilte Héjjas zu Hilfe, dadurch, daß er in erster Linie das Verfahren der Vertreter und die offene Verhandlung über die Sache bemängelte, seiner Meinung nach war das nämlich geeignet, zwischen die Armee und das Volk, bzw. zwischen die Armee und die konstitutionellen Faktoren des Landes einen Keil zu treiben, besonders jetzt, wo das ganze Ausland das beobachtet, mit welscher Selbstdisziplin wir die Last ertragen, die uns das Schicksal auferlegte.“³⁸ Gyula Zákány, Vizepräsident der Vereinigung der Erwachenden Ungarn verteidigte die Mörder offen. „Nach den Revolutionen – sagte er an der Sitzung der Nationalversammlung am 8. Juni 1920 – hätte man nicht gleich in den Konstitu-

tionalismus hineinspringen sollen, es wäre vorerst eine kleine ungarische oder militärische Diktatur nötig gewesen³⁹.

Mit den brutalen Morden konnte sich auch die Regierung nicht abfinden. Sie gab einen Erlaß aus: „Noch immer gibt es unpatriotische Elemente, die aus Bösartigkeit oder Verblendung die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu untergraben versuchen. Es gibt solche, die zu ihren Manipulationen, zur Irreführung der gutgläubigen Masse, die Lösung des Patriotismus verwenden, es kommen sogar auch solche vor, die die Uniform der nationalen Armee mißbrauchend, das Renommee dieser Institution, die das Pfand unserer Zukunft ist, zu überschatten versuchen.“⁴⁰ Selbst Horthy konnte in der Sache, wegen ihres internationalen und heimischen Widerhalls, nicht schweigen. Sich zu äußern war ihm jedoch sehr schwer, nicht nur unterhielt er nämlich seine frühere Beziehungen zu den militärischen Brachialeinheiten, er führte diese ja auch. Für ihre wichtigste Aufgabe hielt er eben die Vergeltung. Er selbst gab früher Héjjas dafür ein Beispiel. Als Gouverneur konnte er aber über den Protest der Nationalversammlung und des Auslands nicht hinwegsehen. Darum erschien er am 9. Juni 1920 an der Sitzung des Ministerrats und nahm das von der christlichen, nationalen Parteien ausgearbeitete sogenannten Programm des Ordnungschaffens, wenn auch unwillig, an. Héjjas und seine Bande mußte sich davor natürlich nicht fürchten, sie standen nämlich unter der Obhut des Gouverneurs, ebenso, wie die Zusammensteller der früheren und späteren Programme. Das Programm des Ordnungschaffens sollte von dem Horthy untergeordneten Vorstand des Generalstabs durchgeführt werden. Damit wurde die Sache gleich vertuscht. Unter der Leitung von Dénes Patacsi, Staatssekretär des Verteidigungswesens, gingen 8 Husarenschwadronen und 2 Infanteriebattalions in das Donau-Theiß-Zwischenstromland.⁴¹ Obwohl das Héjjas-Kommando aufgelöst wurde, kam es nicht zu ihrer Verantwortlichmachung. Die anderen Brachialeinheiten bestanden weiter. (Ein Regierungserlaß beschränkte nur das Verfahren der Militärbehörden, bzw. Militärdetektive gegen Zivilpersonen.) Über die Tätigkeit der ausgesandten Truppen berichtete Károly Soós an der Sitzung der Nationalversammlung am 22. Juni 1920. Die Morde beging nicht die Nationalarmee — sagte er unter anderen —, sondern die Deserteure und Zivilpersonen in Uniform. 26 Deserteure und 51 Zivilpersonen wurden verhaftet. Danach bedrohte er die interpellierenden Vertreter, weil sie die Armee verleumdeten.

Die Konferenz der Organisationen der internationalen Transportarbeiter, die in Amsterdam stattfand, entschied die Blockade über Ungarn. In ihrem Aufruf wies sie darauf hin, daß der weiße Terror in Ungarn weiterlebt. Der Boykott fing am 20. Juni 1920 an und dauerte sechs Wochen lang. Von der ungarischen Grenze wurden die nach dem Ausland gerichteten Transporte nicht weiterbefördert. Den Transportarbeitern schlossen sich auch die Angestellten der Post und der Telegraphenamte an.⁴²

Die Demonstrationen wiederholten sich auch später, an ihnen nahmen nicht nur die Schutzligen, sondern auch eine Reihe der rechten Orga-

nisationen und Vereinigungen teil. Den Protest des sogenannten Bundes der gesellschaftlichen Vereinigungen gegen die Ratifizierung des Trianoner Friedensvertrags unterschrieben unter anderem die folgenden Organisationen: der Ungarische Verteidigungsverband, die Vereinigung der Erwachenden Ungaren, die Liga für die Verteidigung der territorialen Integrität Ungarns, die südländische, oberungarische und westungarische Liga, die Vaterlandsliebe christlich-nationale Liga, der Boeskey-Bund, der Turulvogel-Bund, der Siebenbürger szeklerisch-ungarischer Bund, der Rassenschützerverein, die Vertretung der besetzten Munizipalbehörden, die ungarische Gesellschaft, der Sportverein der ungarischen Juristen, der Munizipalrat von Budapest, der Staatliche Bildungsrat.⁴³

Nándor Urmánczki, Vorsitzender des Verbands der Schutzligen, schrieb einen Preis auf ein höchstens aus zwanzig Wörtern bestehendes Gebet und auf eine höchstens aus 10 Wörtern bestehende Losung aus. Laut des Aufrufs sollten beide zur Revision und zur Wiederherstellung der alten Grenzen anfeuern. „In der gegenwärtigen schweren Lage – schrieb Urmánczki am 15. September den Obergespanen – ist die wichtigste Aufgabe der Verwaltung die Pflege des Irredentismus, die Verkündung der Nicht-Abfindung mit dem Gedanken des Verstümmelten Ungarn die Erweckung der Idee der Revanche, also die Vorbereitung des Kampfes für die territoriale Integrität des tausendjährigen Ungarns, die Steigerung der Stimmung in den Seelen bis zum Ausbruch.“⁴⁴ Der Vorsitzende der Kommission, die die eigenreichten Bewerbungen beurteilte, war der berühmte Chauvinist, Jenő Rákosi. „Sowohl das Gebet als auch die Losung sollen populär und eindrucksvoll sein“ – schrieb Jenő Rákosi. „Das Gebet soll meines Erachtens kein Bußgebet, vielmehr ein Kredo sein, das in Flammen setzt. Die Losung soll eher eine sinnreiche Äußerung sein, die einen bei der Hals packt, als ein Gedanke, oder ein weiser Aphorismus, der zu keinem Gefühl anfeuert, nur denken macht.“⁴⁵ Später schrieb man einen Preis auch auf die Vertonung des sieghaften Gebets auf. Der Chor der Oper brahete das preisgekrönte Gebet am 22. Mai 1921 in der Anwesenheit von Horthy und Erzherzog Joseph in der Basilika zum Vortrag. Das von Frau Papvári verfaßte Gebet lautete folgendermaßen:

Ich glaube an einen Gott und ein Vaterland,
Ich glaube an Gottes ewige Wahrheit,
Ich glaube an die Auferstehung Ungarns, Amen.

Die Losung war:

Rumpfungarn – kein Reich.
Großungarn – Himmelreich.⁴⁶

Den Anweisungen der Gebietsschutzliga und der Ministerien entsprechend fing der Unterricht in den Schulen täglich mit diesem Gebet an. Die Losung stand auf allen offiziellen Schriften getippt oder gedruckt. Nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, schlug die Liga vor, daß man statt des „nicht besetzten“ Landesteils sowohl schriftlich als

auch mündlich den Namen „Verstümmeltes Ungarn“ gebrauchen soll.⁴⁷ Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Liga stand also die revisionistische Propaganda, und sie ergänzte, bzw. ersetzte darin alles, was die Regierungen wegen ihrer Lage nicht erreichen konnten. Die Regierungen hatten – wie wir es gesehen haben – keine Gelegenheit, der Unterzeichnung, später der Ratifizierung des Trianoner Friedensvertrags auszuweichen, sie konnten sogar die Evakuierung Westungarns nicht verweigern. Die Gebietsschutzliga nahm den Protest, die Politik der offenen Vorbereitung zur Revision auf sich. Als das tat sie mit dem Wissen, sogar mit dem Einverständnis der Armee. Ihre Tätigkeit beschränkte sich nicht auf die revisionistische Propaganda, wie sich die Tätigkeit keiner einzigen extremen rechten Organisation auf ein bestimmtes Gebiet der gegenrevolutionären Handlung beschränkte. Die Mehrheit der Atrozitäten wurde zweifellos von der Vereinigung der Erwachenden Ungaren vorbereitet und durchgeführt, wird finden sie jedoch in der Reihe der Organisationen, die die Revision forderten, bei den Wahlen usw. Die Gebietsschutzliga, als eine bedeutende, über ein landesverbreitetes Netz verfügende rechte Organisation der christlichen nationalen Idee, führte nicht nur die revisionistische Propaganda, sondern nahm auch an der Liquidation der kommunistischen und sozialistischen Organisationen, sogar der liberalen Vereinigungen teil. Sie verfolgte die Tätigkeit der linken Organisationen und die Gestaltung der öffentlichen Meinung. Im August 1920 charakterisierte sie die Stimmung der Bevölkerung Nordungarns folgendermaßen: „Die Gesinnung der Industriearbeiter und der Bergleute ist weder aus nationalem Gesichtspunkt, noch aus dem Gesichtspunkt der Entfernung von der kommunistischen Richtung adäquat. Es gibt unter ihnen wenige Christlichsozialisten, ein Teil von ihnen ist gleichgültig, ein anderer Teil zum Bolschewismus geneigt. Wandernde Hetzer, die unter dem Vorwand der Arbeitssuche von einer Kolonie zur anderen gehen, verstärken durch Nachrichten aus dem Ausland die in den Sieg des Kommunismus gesetzte Hoffnung.“⁴⁸ Sie bemühte sich, die Jugend, vor allem durch die Pädagogen, auf die Seite der Gegenrevolution zu stellen. Sie schrieb am 16. September 1920 den Inspektoren: „Die Industriearbeiter und die Bergleute sind gleichgültig, sogar oft unpatriotisch, zum Bolschewismus geneigt. An dieser Lage könnte die Intelligenz ändern: Die Intelligenz soll, sooft es möglich ist, mit dem Volk sprechen, ihm die Leiden der auf den besetzten Gebieten wohnenden Ungaren schildern, ihre Klagen mit der Verstümmelung unseres Landes in Zusammenhang bringen, das ungarische Selbstbewußtsein und den ungarischen Stolz in ihnen erwecken. Sie soll gegenüber den Klassengegensätzen die nationale Einheit betonen. Sie soll erklären, daß nach unserem Staatsrecht jeder Ungar ein Teil der heiligen Krone ist, alle sollen also Brüder werden und einander helfen, wie die Mitglieder einer Familie.“⁴⁹ Die Liga arbeitete besonders mit dem Ungarischen Nationalen Bund zusammen. Sie vereinigte sich mit ihm im August 1921. Sie sandte ihr Arbeitsprogramm den ersten Angestellten der Munizipalbehörden, der Staatspolizei, den Kommandanten der einzelnen Bezirke und den

Befehlsstellen der Gendarmeriedistrikte. Sie versuchte die Industrie- und Landarbeiter durch die Ausschaltung der Parteipolitik in die „nationale Arbeit“ einzubeziehen. Deshalb: *A)* sie untersucht ständig und aufmerksam die Lage, Bedürfnisse und Ansprüche der ungarischen Arbeiterschaft; *B)* sie studiert diejenigen Bewegungen und Institutionen, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreten; *C)* sie versucht mit den interessierten Arbeiterschichten, Behörden, Institutionen und mit anderen gesellschaftlichen Gruppen eine ständige Verbindung zu schaffen, um ihre Tätigkeit aufgrund planmäßiger und fachgemäßer Diskussionen fortzusetzen; *D)* sie setzt sich mit den Institutionen, Organisationen und Anordnungen, die in den Wirkungskreis des Staates und der Behörden gewiesen wurden, auseinander, betreibt die Fehlenden, vermittelt die Wünsche der Interessierten und wirkt durch ihre Meinung und Tätigkeit bei; *E)* sie regt in ihrem eigenen Arbeitskreis, unter Mitwirkung der gesellschaftlichen Fachkreise und der Gewerkschaften die finanzielle Entwicklung, die Gründung von Institutionen für die Volksaufklärung, Unterhaltung und Volksgesundheit an, sie nimmt an ihrer Verwirklichung teil und führt sie auch; sie leistet den bedürftigen Arbeitern oder Arbeitergruppen eine Hilfe und unterstützt mit Anleitung, und Vermittlung, eventuell auch materiell die zur Erlangung kultureller und wirtschaftlicher Vorteile organisierten Gruppen.⁵⁰

Die Revision beschränkte sich nicht auf die Propaganda, auf die Aktionen der Gebietsschutzliga. Nach dem 4. Juni wurde die revisionistische Politik der Regierung aktiver, sie traf eine ganze Reihe von Maßnahmen. Unter diesen soll man diejenigen hervorheben, die sich auf die Umgehung der sich auf die Armee beziehenden Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrags, auf die militaristische Erziehung der Gesellschaft, vor allem der Jugend richteten. Der Stand der Armee überstieg infolge der serienmäßigen und massenhaften Einrückungen das vorgeschriebene 35.000 weit. Die vier Jahrgänge von 1895 bis 1898 wurden einberufen, man hielt aber auch die verlässlichen Mitglieder der Vorangehenden zehn Jahrgänge unter Waffen. Besonders der Offiziersstand wuchs an, es blieb nämlich außer den aktiven Offizieren des alten Ungarns auch ein großer Teil der „entflohenen“ Reserveoffiziere im Verband der Armee. Horthy und die gegenrevolutionären Regierungen erstrebten im Interesse der Revision und der Verhinderung der Wiederholung der Revolutionen die Bewahrung, sogar Steigerung des Standes und der Stärke der Armee. Der Verteidigungsminister schrieb in seiner gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags, am 10. Juni 1920 erteilten vertraulichen Anordnung Nr. 66.934/Präsidial 15-1920: „Der Friedensvertrag ist nicht vollkommen, solange ihn die Gesetzgebung legislativ nicht ratifiziert. Bis dahin können also auch die Bestimmungen des Vertrags nicht realisiert werden. Der Vertrag verändert in sich die Gesetze des Landes nicht, er verpflichtet das Land bloß zur Veränderung mancher seiner Gesetze. Dieser Lage entsprechend sind die sich auf die Wehrkraft und Militärpflicht beziehenden sonstigen Gesetze heute noch in Geltung, und sie blieben auch, bis das Gesetz, das die neuere Ordnung der Wehrkraft

enthält, die man nach den sich darauf beziehenden Bedingungen des Friedensvertrags formen soll, diese außer Kraft setzt.“⁵¹ Inzwischen begann aber die Verbergung des Offiziersstandes in den sogenannten Deckorganisationen. Man brachte eine aus 6000 Köpfen bestehende Zollwache, Polizeischulen, ein Inspektionssystem für die Körperkultur und eine aus 3000 Mann bestehende Stromwache zustande.⁵² Ein Teil der in der Armee gebliebenen Offiziere wurde in den Meldungen für die Militärkontrollkommission im Mannschaftsstand angegeben, sie bekamen aber ein Offiziersgehalt und hatten auch Unterscheidungszeichen. Auch das Kriegsmaterial wurde sorgsam verborgen. Zur Umgehung der militärischen Verordnungen des Vertrags bot auch der Vertrag selbst eine Möglichkeit, er ließ nämlich die territoriale Verwandlung des Landes außer Acht, und bestimmte den Stand der Staatssicherheitsorgane – Gendarmerie, Polizei – auf dem Niveau der Vorkriegszeit. Detektive gaben die Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission um, man bereitete sich zu ihren Kontrollen schon im voraus vor. Der Polizeichef des Stuhlweißenburger Bezirks schrieb zum Beispiel am 7. August 1925 dem Innenminister im Zusammenhang mit der Kontrolle der Kontrollkommission im Kaposvár am 9. Juli, folgendes: „Die schon von vornherein unterwiesenen Angestellten der Polizei leisteten einen ständigen Wachdienst, alle Maßnahmen wurden in Zusammenarbeit mit der Armee rechtzeitig getroffen, so endeten die Untersuchungen der Kommission völlig erfolglos.“⁵³

Im Frühling von 1920, in der Periode, wo die Abweisung des Friedensvertrags aussichtslos wurde, begann Staatssekretär Jenő Karafiáth die Vorbereitung des Grundgesetzes und Verordnungsentwurfs über den Sport. Diese Gesetzentwürfe entstanden im Zeichen der Revision, die Regierung hielt nämlich die Entwicklung der Körperkultur und des Sports für ein wichtiges militärisches Mittel und für die vorläufig einzige Möglichkeit der Zurrückerwerbung verllorener Gebiete. Da der Friedensvertrag die Aufrüstung einer großen Armee nicht ermöglichte, „muß diese dadurch ersetzt werden – schrieb der Staatssekretär –, daß man jeden Ungaren mit Sport nationalen Geistes stählt, diszipliniert und zu militärischen Fertigkeiten erzieht... es wird schon leicht, aus Sportleuten gute Soldaten zu machen.“⁵⁴ Die Körperkultur und der Sport ist seiner Meinung nach auch geeignet, die Jugend vom Modernismus zu heilen. Darum hielt er, trotz der schweren wirtschaftlichen Lage des Landes, die Förderung des Freiluftsports, die Unterstützung der Pfadfinderbewegung, die Gründung einer Hochschule für Körperkultur, die Anlage eines Nationalstadions und weiterer, den Sport und die Körperkultur fördernder Einrichtungen, Sportplätze, Schwimmhallen, Schießplätze für eine unaufschiebbare Aufgabe der Regierung. Das Innenministerium und die Vereinigung der Erwachenden Ungaren waren an der Gründung der „Turulvogel-Bunde“ und der Gendarmeriebataillons an den Universitäten – unter ihnen der berüchtigten Einheit an der technischen Universität – behilflich.

Einen bedeutenden Rahmen der Militarisierung der Jugend bildete auch der Ungarische Staatliche Wehrkraftsverband (MOVE), dessen gegenrevolutionären, faschistischen Funktionen sich mehrmals veränderten. Die Organisation entstand noch im November 1918 und wählte im Januar 1919 Gömbös zu ihrem Vorsitzenden. Im Februar 1919 wurde sie aufgelöst. Ihre Mitglieder findet man im Wiener Antibolschewistischen Komitee und in der Szegeder Regierung wieder. Zur Zeit der Räterepublik wurde sie neuorganisiert, man wählte Horthy zu ihrem Ehrenvorsitzenden.⁵⁵ Die ursprünglich kleine Offiziersgruppe entschloß sich in Szeged ihre Erweiterung zu einer landesverbreiteten Organisation, und das militärisch-gesellschaftliche Zusammenhalten der gegenrevolutionären Kräfte. Die Organisationen des Ungarischen Staatlichen Wehrkraftsverbands wurden nach dem Oberkommando, bzw. nach der Gliederung der „nationalen Armee“ ausgebaut, und man bestimmte für ihnen eine große Rolle in der Verwaltungseinrichtung der Gegenrevolution. Die Vereinigungen und Institutionen, unter ihnen die Schulen, wurden in seinen Wirkungskreis gezogen. Im September 1919 wurden ihre Abteilungen und ihr Landeszentrum ausgebaut.⁵⁶ Im Herbst von 1919 organisierte sich der Ungarische Pfadfinderverband als die Abteilung Nr. I./e des Ungarischen Staatlichen Wehrkraftsverbands neu.⁵⁷ Die im Oktober 1919 einberufene interministerielle Konferenz besprach die Möglichkeiten der militärischen Erziehung der Schüler und Studenten. Die Vorlage, die die Intentionen des Hauptführers enthielt, faßte die Entwürfe der in jedem Schultyp einzuleitenden Maßnahmen in sich. (Sie wollte in den Kindergärten das Antreten und den Aufzug, in der Elementarschule die militärischen Übungen und die Waffenkunde, in den Mittelschulen die Infanterie- und an den Universitäten die Offiziersausbildung einleiten.)⁵⁸ „Die heutige wirtschaftliche und politische Lage unserer Nation erfordert auf dem ganzen ungarischen Gebiet die Aggressivität, den Kampfgeist, also die militärische Erziehung. . . es ist also sehr wichtig, die Jugend, sogar die ganze Nation zur Verteidigung des Landes zu vorbereiten und verwenden. Deshalb ist die militärische Erziehung der Jugend entscheidend.“⁵⁹ Die unverhüllte militärische Erziehung der Jugend stieß jedoch zu dieser Zeit noch auf große Hindernisse. Károly Huszár schrieb am 20. Oktober 1919: „Die Verbreitung des militaristischen Geistes in den Schulen könnte in der Innenpolitik das Thema der sich aus dem Ekel vom Krieg nährenden antimilitaristischen Agitation und Bewegung werden, und – wenn man sie als Vorbereitung zum Krieg betrachtet – gefährliche Komplikationen verursachen.“⁶⁰ Darum übernahmen statt der Regierung in erster Linie die rechten Organisationen die unmittelbare Führung der militaristischen Erziehung der Jugend. Das Programm der schnellen und großzügigen Entwicklung der Körperkultur und des Sports rückte in den Vordergrund. Der Verteidigungsminister schreibt in seiner Anordnung vom 2. März 1920: „Da die allgemeine Wehrpflicht infolge des Friedensvertrags aufhören muß, soll man sie mit der Körperkultur als einem Faktor der Verteidigung der Nation ersetzen, und die Verbreitung der Körperkultur mit allen Mitteln fördern“⁶¹. Er schrieb den Bezirks- und

Komitatskommandanten die Gründung von Jugendvereinen für die Körperkultur, die Anlage von Sportplätzen und die Ernennung von Bezirks- und Komitatsreferenten der Körperkultur aus dem Kreis der agilen Offiziere vor. Die Kommissionen für die Körperkultur der Jugend wurden vom Mai 1920 an, im Zeichen der Revision, unter Führung der militärischen Bezirkskommando und des Ungarischen Staatlichen Wehrkraftsverbands zustandegebracht.⁶² Den mehrmals umgestalteten und umstrittenen Gesetzantrag über die Körperkultur nahm die Nationalversammlung erst 1921, zur Zeit der Bethlen-Regierung an. Die ersten Paragraphen des LIII. Gesetzartikels vom 1921 sagten aus: „Die Körperkultur soll die Gesundheit des Körpers bewahren, durch die Entfaltung der seelischen und körperlichen Kräfte, der Widerstandsfähigkeit, der Geschicklichkeit und der Leistungsfähigkeit den Zustand des Gesundheitswesens verbessern, die Arbeitskraft der Nation vermehren. Deshalb: 1) der Staat sorgt für die planmäßige Körperkultur der Schüler und Schülerinnen, und ermöglicht sie auch in den Hochschulen für alle Studenten; 2) er organisiert deren Körperkultur, die die Schule beenden, derart, daß daran alle Männer, die noch nicht einundzwanzig Jahre alt sind, teilnehmen müssen; 3) er unterstützt diejenigen gesellschaftlichen Formationen, die sich mit der Körperkultur ernst beschäftigen und infolge der nationalen Richtung ihrer Tätigkeit die Unterstützung verdienen.“⁶³ Das Gesetz bestimmte auch über die Gründung der Hochschule für Körperkultur und die Anlage des Nationalstadions. Es verpflichtete im weiteren die über wenigstens 1000 Angestellten verfügenden industriellen, landwirtschaftlichen und Handlungsbetriebe zum Bau von Sportplätzen und Übungssälen.

Die Gründung des Heldenstuhls und die Verleihung des Heldengrundes und der Heldenwürde ist mit dem Namen von Horthy verbunden. Der Regierungserlaß Nr. 6.650/1920 M. E., der die Gründung dieser Institution anordnet, erinnert an eine verspätete militärische Organisation feudaler Art. Sein erster Paragraph lautet folgendermaßen: „Den unbescholtenen Patrioten, die sich in der Verteidigung des ungarischen Staats auszeichneten, kann man Immobilien verleihen, so, daß es sich an die verliehenen Immobilien die Pflicht der Leistung bestimmter Staatsdienste knüpft, und die Immobilien die in dieser Verordnung bestimmte besondere Rechtsqualität gewinnen. Der Name dieser Immobilien ist: Heldengrund Diese Qualität des Heldengrundes soll aufgrund des Schenkungsbriefes in das Grundbuch eingetragen werden.“

Der Staatsoberhaupt kann den Heldengrund aus den Immobilien verleihen die von Privatpersonen, öffentlichen oder Privatkorporationen angeboten werden, oder die zu diesem Zweck sonst zur Verfügung stehen. Die Verleihung kann man auch an Bedingungen knüpfen. Auch andere Personen dürfen aus ihren Immobilien einen Heldengrund verleihen, diese Art der Verleihung wird jedoch erst dann gültig, wenn sie vom Staatsoberhaupt verstärkt wird.

Auch der Eigentümer selbst kann aus den Immobilien, die seinen Alleinbesitz bilden, entweder für sich, oder für seine Abkommenschaft

einen Heldenfundus gründen. Die Gründung wird aber erst dann gültig, wenn sie vom Staatsoberhaupt verstärkt wird. Die Gründungsurkunde ersetzt den Schenkungsbrief."⁶⁴

Die konservativen Großbesitzer-Politiker erschwerten zwar die Verwirklichung der Lieblingsidee des Gouverneurs nicht, sie wurden aber nicht zu ihren begeisterten Unterstützern, auch darum nicht, weil vor allem die freiwilligen Bodenanbietungen der Mittel- und Großbesitzer die Heldengründe bildeten. Sie bestanden eben auf ihre Gründe am meisten. Bis Oktober 1920 bot zur Gründung von Heldengründen nur die Stadt Karcag 100, Graf Dénes Almási 500, das Bischofskapitel von Szatmár gleichfalls 500, die altruistische Bank 50, die Stadt Kecskemét 200 Joch an. Der Ministerpräsident, Graf Pál Teleki betonte darum am 4. Dezember 1920 in seinem Brief an die Obergespane, wie wichtig die Standhaftigkeit der patriotischen Gefühle ist, und rief zugleich zu neueren und größeren Anbietungen auf.

„Leider brachte die Bewegung bisher nicht das Ergebnis, das dem wichtigen und edlen patriotischen Ziel gebührt hätte.“⁶⁵

Nach Horthy sollten die Heldengründe nicht nur die im ersten Weltkrieg bewiesenen militärischen Verdienste belohnen, sondern auch zum notwendigerweise nahenden, neuen, heroischen Kampf um die Zurerwerbung der verlorenen Gebiete anfeuern. Der Heldenorden kann mit seinem landesverbreiteten Netz zu einer „vertvollen Verteidigungsorganisation“ der Gegenrevolution werden.

Der erwähnte Regierungserlaß bestimmte die Organisationsform des Heldenordens. Laut ihm steht der Hauptkapitän der Helden an der Spitze des Ordens, er ist zugleich der Vorsitzende des Heldenstuhls. Die Mitglieder sind: der jeweilige Ministerpräsident, der Verteidigungs-, Landwirtschafts-, Innen- und Justizminister, oder ihre Beauftragten, der Leiter der altruistischen Bank, die vom Gouverneur ernannten acht Offiziere im Rang als Stabskapitäne.⁶⁶ Neben dem höchsten Heldenstuhl stellte man die „Stuhlhalterschaft des höchsten Heldenstuhls“ auf, an ihrer Spitze mit dem Hauptstuhlhalter. Der höchste Heldenstuhl bestand aus acht Stammstühlen, oder teilten sich in Komitatsstühle. Sämtliche auf dem Gebiet des Komitats lebenden Heldenoffiziere, ferner der Obergespan, der Vizegespan, der Militärkommandant des Komitats und der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer waren amtshalber Mitglieder der letztgenannten Organisation. Die Komitatsstühle teilten sich in den Bezirken in Abteilungen, an ihren Spitze stand der Heldenleutnant. Laut des Regierungserlasses sollte der Hauptkapitän der Helden die Beamten ernennen. Um die Heldenwürde und den dazu gehörenden Grund konnte jeder ungarische Staatsbürger ansuchen, der sich im Weltkrieg mit einer besonderen Tapferkeit auszeichnete, von den Revolutionen in seinem Patriotismus nicht erschüttert wurde und im kommenden Krieg voraussichtlich eine besondere Tapferkeit zeigen wird. Es war auch möglich, daß diejenigen, die die Heldenwürde anstrebten, ihren eigenen Grundbesitz für einen Hedengrund erklären lassen. Man bestimmte auch die untere Grenze der Gründe. Die Größe

der sogenannten Offiziersgründe wurde in mindestens 100, die der Heldengründe in 15 Joch bestimmt. Es wurde auch eine feierliche Besitz-einweisung vorgeschrieben. Der Heldentitel war mit einem weiteren Ehrentitel verbunden. Die Helden mußten ihre fremdklingenden Namen verändern. Man bestimmte für sie ein einheitliches Zeichen, das sie samt ihrer Adelswappe bei der Bezeichnung ihres Hauses verwenden sollten.⁶⁷ Den Offiziershelden wurde eine zweifache Aufgabe zuteil. Sie wurden einerseits die Kommandanten der Bezirksabteilungen, die Führer der Helden, andererseits ihre "Familienoberhäupte". Ihre Aufgabe war nicht nur die militärische Ausbildung der Helden, sie sollten auch an der Wirtschaft und der Tätigkeit der Verwaltung der Gerichtsbehörden behilflich sein. Es wurde zentral vorgeschrieben, in welchen Zeitabschnitten die Unterbeamten zum Dienst oder zu militärischen Übungen einberufen werden sollen. Man verpflichtete sie zur Förderung der nationalen Organisation und zur Bildung von sogenannten Alarmeinheiten aus den Reserveoffizieren, Notären, Landwirten usw.⁶⁸

Die Tätigkeit der von Apponyi geleiteten Friedensdelegation und parallel mit ihr die sich belebende Revisionspropaganda und Regierungspolitik beweist auch an und für sich, daß die herrschenden Kreise des gegenrevolutionären Ungarns vom Weg, der zum ersten Weltkrieg und zu Trianon führte, nicht abwichen. Im Gegenteil, die Revision und der Irredentismus, der auch mit dem Krieg als einer Möglichkeit der Lösung rechnete, wurde sogar zu ihrer Grundidee. All das stürzte später das Land auf die Seite Deutschlands und führte notwendigerweise zu einer neuen Katastrophe, zum zweiten Weltkrieg.

ANMERKUNGEN

- ¹ Országos Levéltár Miniszterelnökség (Ungarisches Nationalarchiv, Ministerpräsidium, im weiteren O. L. M. E.) 1919. 1203. cs., 6166. sz.
- ² O. L. M. T. jkv. (Ungarisches Nationalarchiv, Ministerratsprotokoll), 8. Dezember 1919.
- ³ Pesti Hírlap (im weiteren: P. H.), 6. Januar 1920.
- ⁴ A magyar béketárgyalások. Jelentés a magyar békeküldöttség működéséről Neuilly S/S-ben 1920 januárius – március havában. (Die ungarischen Friedensverhandlungen. Meldung über die Tätigkeit der ungarischen Friedensdelegation in Neuilly S/S, vom Januar bis März 1920. Im weiteren: Die ungarischen Friedensverhandlungen.), I. Band, Budapest, 1920. S. 3 – 17.
- ⁵ P. H., 17. Januar 1920.
- ⁶ Die ungarischen Friedensverhandlungen., a. a. O., I. Band, S. 276 – 282.
- ⁷ a. a. O., II. Band, S. IX – X.
- ⁸ a. a. O., S. 5.
- ⁹ P. H., 10. Februar 1920.
- ¹⁰ O. L. Külügyminisztérium (Ungarisches Nationalarchiv, Außenministerium), Pol. K. 64. 35/1920. Res. ir.
- ¹¹ A Magyar Békeszerződés és a becikkelyező törvény szövege és magyarázata. (Der Text und die Erklärung des Ungarischen Friedensvertrags und des Ratifizierungsgesetzes.), Budapest, 1921. S. 3 – 5.
- ¹² P. H., 12. Mai 1920.

- ¹³ P. H., 21. Mai 1920.
- ¹⁴ O. L. M. T. jkv., 27. Mai 1920.
- ¹⁵ Nemzetgyűlési Napló (im weiteren N. N.), 13. November 1920.
- ¹⁶ a. a. O.
- ¹⁷ a. a. O.
- ¹⁸ A Magyar Békesszerződés és a becikkelyező törvény szövege és magyarázata. a. a. O., S. 7.
- ¹⁹ a. a. O., S. 46.
- ²⁰ a. a. O., S. 68 – 69.
- ²¹ a. a. O., S. 83.
- ²² a. a. O., S. 97.
- ²³ Fejér megye (Komitat Fejér, im weiteren: Fm. L.), Katonai kerületi parancsnokság, Rendészeti Osztály (Bezirksmilitärkommando, Polizeiabteilung), 18/1919.
- ²⁴ Békés megye (Komitat Békés, im weiteren: Mm. L.), Alispáni ir. (Akten des Vizegespans) 2439/1920., 474. sz.
- ²⁵ a. a. O.
- ²⁶ Rendeleték Tára (Sammlung von Verordnungen), 1920. S. 604.
- ²⁷ Bm. L., Alispáni ir. 2439/1920. 475. sz.
- ²⁸ Komitat Csongrád (im weiteren Csm. L.), Szeged város főispánjának ir. (Akten des Obergespans der Stadt Szeged) 677/1920.
- ²⁹ Bm. L., Alispáni ir. 2439/1920.
- ³⁰ a. a. O.
- ³¹ P. H., 30. Dezember 1919.
- ³² Komitat Das (im weiteren: Vm. L.), Nyugatmagyarországi Kormánybiztosság (Regierungskommissariat für Westungarn), Elnöki 34/1920.
- ³³ Bm. L., Alispáni ir. 35111/1920.
- ³⁴ Új-Somogy, 20. Januar 1920.
- ³⁵ P. H., 5. Juni 1920.
- ³⁶ N. N., 4. Juni 1920.
- ³⁷ P. H., 8. Juni 1920.
- ³⁸ P. H., 9. Juni 1920.
- ³⁹ N. N., 8. Juni 1920.
- ⁴⁰ P. H., 5. Juni 1920.
- ⁴¹ P. H., 13. Juni 1920.
- ⁴² P. H., 18. Juni 1920.
- ⁴³ Bm. L., Alispáni ir. 35111/1920.
- ⁴⁴ Somogy megye L. (Archiv des Komitats Somogy), Főispáni ir. (Akten des Obergespans) 297/1920.
- ⁴⁵ Bm. L. Alispáni ir. 35111/1920.
- ⁴⁶ a. a. O.
- ⁴⁷ a. a. O.
- ⁴⁸ a. a. O.
- ⁴⁹ a. a. O.
- ⁵⁰ a. a. O.
- ⁵¹ Fm. L., Kerületi Katonai pkság (Bezirksmilitärkommando), 27/1920. Eln.
- ⁵² Tóth Sándor: A Horthy-hadsereg szervezete. (Organisation der Horthy-Armee.)
- ⁵³ O. L. B. M. (Ungarisches Nationalarchiv, Innenministerium) Res. ir., 7. t., 121. cs.
- ⁵⁴ P. H., 21. April 1920.
- ⁵⁵ Dósa Rudolfné: A MOVE. (Der Ungarische Staatliche Wehrkraftsverband.)
- ⁵⁶ O. L. (Ungarisches Nationalarchiv), Kozma ir., 1. cs. Adatgyűjtemény 1916 – 1925.
- ⁵⁷ Papp Gyula: A cserkészmozgalom és a MOVE. (Die Pfadfinderbewegung und der Ungarische Staatliche Wehrkraftsverband.) 1919. S. 6.
- ⁵⁸ Kiss Dezső: Iratok a magyar testnevelés és sport történetéhez 1919 – 1920. (Schriften zur Geschichte der Körperkultur und des Sports in Ungarn 1919 – 1920.) Budapest, 1970. 10., 12. sz. und Papp Károly: Küzdelem a magyar testkultúra militarizálásáért. 1919 – 1920.) (Kampf für die Militarisierung der ungarischen Körperkultur.) Manuskript.
- ⁵⁹ a. a. O.
- ⁶⁰ a. a. O.

- ⁶¹ O. L. V. K. M. (Ungarisches Nationalarchiv, Ministerium für Religion und Unterrichtswesen) K. 592. 1920 – 14 – 108515.
- ⁶² Hadtörténeti Intézet Levéltára (Archiv des Instituts für Kriegsgeschichte), H. M. eln. XXII. t. 22/1920.
- ⁶³ Belügyi Közlöny (Anzeiger des Innenministeriums), 1922. S. 63.
- ⁶⁴ Belügyi Közlöny, 1920. S. 1528.
- ⁶⁵ Csm. L. Szeged város főispánjának ir. 330/1921.
- ⁶⁶ Belügyi Közlöny, 1920. S. 1532.
- ⁶⁷ Csm. L. Szeged város főispánjának ir. 330/1921.
- ⁶⁸ a. a. O.
- ⁶⁹ P. H., 23. Mai 1921.